



ANKLAGEN

Herbst 2018

KOSTENLOS - ZUM MITNEHMEN



Menschenrechtsverletzungen an LGBT+-Personen in Tschetschenien ■ Wasser: Quelle des Lebens und vieler Konflikte ■ Betrogen um die Hoffnung auf ein besseres Leben – Menschenhandel als moderne Sklaverei ■ Menschenrechtsverletzungen in Kuba – Willkür gegen Oppositionelle ■ 70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ■ Filmfest FrauenWelten ■ Tübinger Menschenrechtspreis für Raif-Badawi-Mahnwache

Inhalt

| | |
|--|----|
| Editorial | 2 |
| Menschenrechtsverletzungen an LGBT+-Personen in Tschetschenien | 3 |
| Wasser: Quelle des Lebens und vieler Konflikte..... | 7 |
| Menschenhandel als moderne Sklaverei..... | 11 |
| Menschenrechtsverletzungen in Kuba | 14 |
| 70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte..... | 18 |
| Filmfest FrauenWelten | 19 |
| Tübinger Menschenrechtspreis für Raif-Badawi-Mahnwache | 20 |
| Briefe gegen das Vergessen..... | 21 |

Impressum

ANKLAGEN ist kein offizielles Amnesty-Organ. ANKLAGEN wird vom Amnesty-Bezirk Tübingen herausgegeben. In einzelnen Beiträgen, insbesondere in namentlich gekennzeichneten, wird nicht immer die Meinung von Amnesty International vertreten.

ANKLAGEN erscheint 4-mal jährlich. Der Bezug ist kostenlos.

Redaktion:

Anesa Aljovic, Sabine Bouajaja, Sabrina Bucher, Orophée Dorschner, Christian Eisenreich, Victoria Kropp, Mandy Lüssenhop, Joachim Lerchenmüller, Anneke Martens, Gisele Moro, Philipp Müntz, Eva Scheerer (ViSdP), [REDACTED], Jennifer Schmidt, Heiderose Schwarz, Veronika Sordon

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

04.09.2018

Auflage: 4.200

Druck: Druckerei Deile, Tübingen
Titelbild: Die „Damen in Weiß“ demonstrieren jeden Sonntag mit Gladiolen in den Händen für die Achtung der Menschenrechte in Kuba – und nehmen dabei Prügel und Inhaftierung in Kauf, s. Artikel S. 14.
Foto: www.amnesty.de, © Getty Images

Der Nachdruck aus ANKLAGEN ist ausdrücklich erwünscht. Wir bitten um Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren. Über Zuschriften und Beiträge freuen wir uns sehr.

Liebe Freunde,

Mitte des 20. Jahrhunderts zwangen Millionen von Inderinnen und Indern das britische Empire mit schierer Gewaltlosigkeit in die Knie. Ihr Anführer war der Rechtsanwalt Mohandas Karamchand Gandhi, genannt Mahatma, große Seele. Ihre Stärke war die Entschlossenheit, mit der sie ihre Forderungen nach Freiheit und Unabhängigkeit vertraten. Kein fühlender Mensch konnte sich diesen Forderungen entziehen, weder in Indien noch in London. Sie ließen sich von britischen Truppen ohne Gegenwehr diskriminieren, zusammenschlagen, ja sogar töten, ohne dabei von ihren Ansprüchen zurückzutreten. Sie zeigten der Öffentlichkeit wieder und wieder die Brutalität, mit der das Empire seine Herrschaft aufrechterhielt. So lange, bis sich im Empire genügend Menschen fanden, die diese menschenverachtende Politik nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten. Es gab also ein Gewissen innerhalb des Empire. Dort konnten sie ansetzen. Dieses Gewissen wurde zum archimedischen Punkt, an dem sie das Empire aus den Angeln heben konnten.

Heute sterben Menschen auf dem Weg nach Europa. Und ich frage mich, ob das heutige Europa noch ein Gewissen hat: Italiens Regierung schließt ihre Häfen für Schiffe mit Flüchtlingen. Malta hindert die Lifeline mit vorgeschobenen Argumenten am Auslaufen und verbietet einem Flugzeug abzuheben, das mit Geldern der Evangelischen Kirche in Deutschland nach Schiffbrüchigen im Mittelmeer sucht. Das neue Europa ist nicht mehr direkt grausam. Das neue Europa ist sauber, diskret, unbeteiligt.

Was hält dieses Europa zusammen? Ich glaube, es sind Wirtschaftsinteressen und Angst. Die Angst vor den Menschen, die täglich noch viel von Europas Gewalt und Menschenverachtung spüren – an Europas Zäunen, in Europas Massenunterkünften und im Mittelmeer. Europa hat Angst vor diesen Menschen, deren Vorfahren von europäischen Imperien unterdrückt wurden, und die bis heute von Europa als geringwertiger betrachtet werden.

Europa hat Angst. Diese Angst ist es, die in Spiegel-Umfragen dazu führt, dass 57 % der Befragten auf die Frage „Sollte es Migranten und Flüchtlingen erschwert werden, nach Deutschland zu kommen?“ mit „Ja“ antworten!

Das macht mich wütend. Aber ich glaube nicht, dass ähnlich viele Menschen bereit wären, das Grundrecht auf Asyl infrage zu stellen. Das wäre zu direkt. Das wäre zu offensichtlich grausam. Das würde, und hier kommen wir zurück zu Gandhi und zum britischen Empire, das Gewissen Europas belasten. Denn Europa hat ein Gewissen. Auch wenn es oft kaum noch zu erkennen ist. Es gibt Teile der europäischen Öffentlichkeit, Menschen in europäischen Parlamenten und Verwaltungen, Menschen in Schiffen auf dem Mittelmeer, die es nicht ertragen, wie sich Europa an Menschen schuldig macht, die „nicht dazugehören“. Vielleicht wird dieses Gewissen zum archimedischen Punkt des neuen Europa. Ich hoffe darauf.

Malte Möhring

ANKLAGEN im Internet:

Online-Ausgabe: www.anklagen.de

E-Mail: info@anklagen.de

Sie finden das Amnesty-Büro in der

Wilhelmstr. 105 (im Glasanbau, Untergeschoss), 72074 Tübingen,

Internet: www.ai-tuebingen.de

Beratungstermine für Interessenten:

donnerstags um 20 Uhr (während des Semesters)

Es kann auch per E-Mail ein Termin vereinbart werden:

hsg@ai-tuebingen.de

„Bei uns hier gibt es solche Leute nicht“

„Bei uns gibt es keine Schwulen. Nehmen Sie sie mit, falls es doch welche gibt, damit unser Blut gesäubert wird.“ So äußerte sich der tschetschenische Präsident in einem Interview mit dem US-amerikanischen Fernsehsender HBO zu den Berichten über die Verfolgung von homosexuellen Menschen in Tschetschenien.

Tatsächlich ist die Lage in Tschetschenien sowohl für LGBT+-Menschen (LGBT+ steht für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und andere) als auch für Menschenrechtsaktivist/innen katastrophal – und das schon seit langer Zeit. Seit 2007 Ramsan Kadyrow von Russlands Präsident Wladimir Putin als tschetschenischer Präsident eingesetzt wurde, wird ihm vorgeworfen, für Folter, Morde und Korruption verantwortlich zu sein.

Tschetschenienkriege

Die Menschenrechtslage war bereits aufgrund der Kriege mit Russland sehr schlecht. Nachdem Tschetschenien 1991 seine Unabhängigkeit von Russland erklärt hatte, arbeitete Russland verstärkt gegen den damaligen tschetschenischen Präsidenten Dschochar Dudajew und verstärkte die Truppen an den tschetschenischen Grenzen. Ende 1994 beschloss der Sicherheitsrat der Russischen Föderation die Intervention in Tschetschenien, trotz Verhandlungsbereitschaft des tschetschenischen Präsidenten, woraufhin der erste Tschetschenienkrieg ausbrach. Dieser dauerte bis 1997, nachdem wiederholt Waffenstillstände beiderseits nicht eingehalten worden waren.

1999 eskalierte die Lage erneut, tschetschenische Rebellen griffen die Republik Dagestan an, es folgten Anschläge in russischen Städten. Allerdings wird behauptet, diese seien von Russland selbst verübt worden, um den zweiten Krieg zu rechtfertigen. Somit brach der zweite Tschetschenienkrieg aus, welcher bis 2009 dauerte. Beiden Seiten wurden später schwere Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen. Heute ist die Region Tschetschenien autonom, dennoch

gibt es innerhalb des Landes bewaffnete Konflikte, bei denen Polizei und Sicherheitskräfte gegen Oppositionelle vorgehen.

Menschenrechtslage

Die Sicherheitslage war bereits 2012 instabil. Damals berichtete Amnesty International, eine „Normalisierung“ der Situation würde es nicht geben. Zwar hatte die russische Regierung 2009 angekündigt, die Antiterrormaßnahmen in Tschetschenien zu beenden. Allerdings trug dies nur bedingt zu einem Rückgang bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Oppositionsgruppen bei. Die Menschenrechtslage hatte sich überhaupt nicht verbessert. Menschenrechtsverletzungen waren weit verbreitet und es gab diverse Übergriffe auf Zivilisten.

Außerdem haben es Menschenrechtsaktivist/innen und -verteidiger/innen in Tschetschenien besonders schwer. Menschenrechtsverteidiger/innen werden seit Jahren systematisch als "Marionetten des Westens" und "Feinde Russlands" verunglimpft, die „Tschetschenien destabilisieren wollen“. Damit soll ihre Glaubwürdigkeit untergraben werden.

Aber damit nicht genug, wurden Aktivist/innen von Sicherheitsbeamten und Schlägertrupps angegriffen und schikaniert. Diese bekamen dafür keine Strafe, was dazu führte, dass solche Übergriffe weiterhin passierten und passieren.

Solche Übergriffe endeten jedoch nicht nur mit Drohungen und Körperverletzungen. Ein führendes Mitglied der Menschenrechtsgruppe Memorial, Natalia Estemirova, wurde am 15. Juli 2009 entführt und getötet. Zwar ist ihre Ermordung bis heute nicht gründlich untersucht, es wird aber davon ausgegangen, dass sie aufgrund ihrer mutigen Arbeit als Menschenrechtsverteidigerin ermordet wurde. Sie hatte zuvor während des zweiten Tschetschenienkriegs schwerste Menschenrechtsver-



Demonstrierende am internationalen Tag gegen Homophobie

Foto: <https://commons.wikimedia.org>, Keete37



Moskauer Pride 2010: „Familie ist dort, wo man geliebt wird!“

Foto: <https://commons.wikimedia.org>, Dedd

letzungen dokumentiert, darunter Folter, außergerichtliche Hinrichtungen und das Verschwindenlassen von Menschen. Wegen ihrer Arbeit war sie ununterbrochen Drohungen und Einschüchterungen der tschetschenischen Behörden ausgesetzt.

Am Tag ihrer Ermordung wurde Estemirova nahe ihrer Wohnung in Grosny entführt. Ihre Leiche wurde noch am selben Tag am Straßenrand in der Nachbarregion Inguschetien gefunden. Nach ihrer Ermordung musste Memorial sein Personal evakuieren und die Arbeit in Tschetschenien aus Sicherheitsgründen für fünf Monate unterbrechen.

Danach übernahm Oyub Titiev die Leitung des Memorial-Büros in Grosny, die zuvor Estemirova innehatte. Er wurde am 9. Januar 2018 willkürlich inhaftiert. Angeblich wurden bei der Durchsuchung seines Autos Drogen gefunden. Oyub Titiev bestreitet die Vorwürfe allerdings und sagt, dass die Drogen in seinen Wagen gelegt worden seien. Dennoch ist er wegen unerlaubten Drogenbesitzes angeklagt und weiterhin in Haft. Am 6. März wurde die Untersuchungshaft sogar um weitere zwei Monate verlängert mit der Begründung, er könne bei einer Freilassung untertauchen, Zeugen beeinflussen und Beweismaterial zerstören.

Denis Krivosheev, stellvertretender Direktor für Osteuropa und Zentralasien bei Amnesty International, kritisierte die Entscheidung: „Die heutige Entscheidung des Gerichts in Tschetschenien, Oyub Titievs Untersuchungshaft zu verlängern, ist ebenso vorhersehbar wie bestürzend und empörend. Oyub muss unverzüglich und vorbehaltlos freigelassen werden, damit er seine Menschenrechtsarbeit fortsetzen kann. Die Behörden sollten stattdessen untersuchen, wer solche falschen Vorwürfe fingiert, um damit gezielt Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger zu schikaniaieren.“ Oyub Titiev wurde in der Haft unter Druck gesetzt, ein falsches Geständnis abzugeben, was er verweigerte. Seine Familie wurde wiederholt eingeschüchert und verließ daraufhin das Land. Amnesty vermutet zudem, dass er in der Haft gefoltert wird.

Angestellte von Memorial erhielten zudem telefonische Morddrohungen oder wurden auf der Straße angegriffen. Durch diese Aktionen soll Memorial vertrieben oder zumindest an der Ausübung der Menschenrechtsarbeit gehindert werden. Memorial dokumentiert seit über 25 Jahren Menschenrechtsverletzungen und berichtete sowohl über Verstöße des Militärs während der Tschet-

schenienkriege als auch über Verstöße der vom Kreml kontrollierten Behörden. Memorial hat bedeutende Erkenntnisse veröffentlicht, z.B. zu kollektiven Strafmaßnahmen, zum Verschwindenlassen, zu Folter und anderen Misshandlungen, zum Niederbrennen von Häusern als Bestrafung sowie zu außergerichtlichen Tötungen durch lokale Sicherheitsbehörden. Memorial bezeichnete Tschetschenien als „totalitäre Enklave“, in der die Behörden in alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens eingriffen „einschließlich Politik, Religion, Wissenschaft und Familien“.

Die Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger/innen sind für all jene besonders schlimm, die die Hilfe solcher Organisationen dringend nötig haben. Außerdem ist es wichtig, dass jemand zumindest die Verstöße dokumentiert und dem Rest der Welt zugänglich macht. Nur so kann geholfen und etwas geändert werden.

„Sie haben nicht nur junge Leute getötet, sondern auch erwachsene Männer bis zu 50 Jahren. Unter ihnen sind auch berühmte Persönlichkeiten Tschetscheniens. (...) Der Jüngste ist 16 Jahre alt. Er kommt aus unserem Dorf. In diesen Tagen haben sie ihn völlig zusammengeslagen hergebracht, er war nur ein Sack voller Knochen. Sie haben ihn vor die Tür geworfen und gesagt, man möge ihn töten. Er soll noch immer nicht ganz bei sich sein.“

Zitat aus der Novaja Gazeta vom 1.4.2017 (übersetzt von Eva Steinlein)

Verfolgung von LGBT+

Unter der Missachtung der Menschenrechte leiden in Tschetschenien besonders Mitglieder der LGBT+-Community, insbesondere homosexuelle Männer. Spätestens seit der Befehl einer „vorsorglichen Säuberungsaktion“ erging, wurden

über hundert Männer in groß angelegten Razzien im Nordkaukasus festgenommen. Dabei starben mindestens drei (das sind nur die mehrfach bestätigten Todesfälle, die namentlich genannt werden konnten). Unter den Festgenommenen sollen auch zwei bekannte TV-Moderatoren und kirchliche Würdenträger sein, deren Verschwinden durch ihr Fehlen in der Öffentlichkeit bemerkt wurde. Berichten zufolge werden die rechtswidrig inhaftierten Personen zum Teil gefoltert und anderweitig misshandelt. Die Novaja Gazeta, eine krenlkritische Zeitung, berichtete außerdem über 27 Gefangene, die ohne Anklage festgenommen und hingerichtet wurden. Die Zeitung hatte bereits zuvor mehrfach von Verschleppung und Misshandlung Homosexueller berichtet. Deshalb erhielten die Journalisten Morddrohungen. Die tschetschenischen Behörden bezeichneten die Berichte als Lügen und Falschinformationen, dabei beruft sich die Zeitung auf ranghohe Informanten ebendieser Behörden.

Von den festgenommenen Männern kamen ein paar wenige aus „Mangel an Beweisen“ frei. Diese verließen sofort das Land aus Angst, erneut zur Zielscheibe zu werden. Außerdem schützen sie somit ihre Familien. Angehörige und Opfer wurden von den Behörden bedroht, sollten sie Anschuldigungen erheben.

„Die Sicherheitskräfte können nicht töten und foltern, nur weil sie Uniform tragen.“

Denis Kriwoschejew, stellvertretender Direktor für Osteuropa und Zentralasien bei Amnesty International.

LGBT+-Personen werden in Tschetschenien schon seit Jahren verfolgt, auch von ihren eigenen Familien. Dennoch geschah dies bisher nicht in groß angelegten Razzien. Als Auslöser dafür werden Anträge auf Demonstrationen vermutet, die



„Tolerante Propaganda“ – Demonstration gegen das Propagandagesetz

Foto: <https://commons.wikimedia.org>, Keete37

die russische Aktivistengruppe GayRussia gestellt hatte. Diese wurden in der Vergangenheit bereits mehrfach von den Behörden abgelehnt. Die Anträge galten aber eigentlich für andere Teile Russlands.

Sicherheitskräfte sollen seither vor allem über soziale Medien wie etwa Facebook Kontakte von Schwulen ausfindig gemacht haben. Sie sollen den Männern vorgetäuscht haben, auf der Suche nach Dates und Bekanntschaften zu sein. Meist geschieht dies aber in geschlossenen Chatgruppen, denn homo- und bisexuelle Menschen in Tschetschenien würden ihre sexuelle Orientierung niemals öffentlich machen. „Das käme einem Todesurteil gleich“, schreibt die Journalistin Milaschina.

Dies schürt die Angst in der Community, viele versuchen nun, alles aus dem Internet zu löschen, was sie in irgendeiner Form verdächtig machen könnte. Außerdem wurden Anträge beim Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg gestellt, in der Hoffnung, die Verbrechen könnten so beendet werden.

Im Nordkaukasus werden bis heute noch vereinzelt Menschen getötet, wenn sie die Familienehre beschmutzt haben sollen. Deswegen

finden selbst die wenigen, die wieder freigelassen wurden, bei ihren Familien in der Regel keinen Schutz. Doch selbst wenn die Familien hinter ihnen stehen, werden sie aus Angst vor den Behörden nichts unternehmen. Die LGBT+-Community ist nur eine von vielen verfolgten Minderheiten in Tschetschenien, allerdings gehen die geplanten „Säuberungsaktionen“ weit über das hinaus, was in Tschetschenien noch als „üblich“ gilt.

Was tun die Behörden?

Die tschetschenischen Behörden behaupten nach wie vor, es gebe im Land keine Schwulen. Und jemand, den es nicht gibt, kann auch nicht gefoltert oder inhaftiert werden. Der Präsident bezeichnete Schwule zudem als Teufel, sie seien keine Menschen und Gott möge sie für das, was sie ihm [dem Präsidenten, Anm. d. Red.] vorwerfen, verdammen. Auch andere Vertreter der tschetschenischen Regierung äußerten sich ähnlich: „Man kann niemanden verhaften oder unterdrücken, den es in der Republik gar nicht gibt. Und sollte es solche Leute in Tschetschenien geben, müssten sich die Sicherheitsbehörden keine Sorgen um sie machen, denn ihre

Menschenrechtsverletzungen an LGBT+-Personen in Tschetschenien

Verwandten würden sie schon an einen Ort geschickt haben, von dem sie nie wiederkehren könnten“ (Alwi Karimow, Sprecher von Ramsan Kadyrow).

Die Vorsitzende der Partei „Frauendialog“, Elena Semerikowa, bezeichnete Homosexualität als „Provokation gegenüber traditionellen Werten“ und meinte, diese wider-

ben in Angst, sowie eine Aberkennung ihrer fundamentalen Rechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit oder das Recht auf Privatleben. Die weltweit zunehmende Diskriminierung, Kriminalisierung und sogar Gewaltausübung an homosexuellen, bisexuellen, trans- oder intersexuellen Personen (LGBTI) besorgt mich zutiefst.“

LGBT Network“). Viele Täter sprechen offen über ihre Verbrechen, da sie keine Angst vor Strafen seitens der Regierung haben müssen. Sie denken, sie seien im Recht und empfinden die Tat als nobel.

In Russland herrscht zudem weiterhin das Verbot der „Homosexuellenpropaganda“, welches im Juni

2013 vom russischen Parlament erlassen wurde. Personen und Organisationen werden demzufolge strafrechtlich verfolgt, wenn sie Minderjährige mit einer homosexuellen Thematik konfrontieren. Darunter kann beispielsweise das Hissen einer Regenbogenfahne fallen, die Aufklärung über Homosexualität oder ein Kuss zwischen einem gleichgeschlechtlichen Paar, sofern er in der Öffentlichkeit erfolgt.

Die Abneigung kommt in Russland vor allem von der orthodoxen Kirche, die Homosexu-



Unterstützung der russischen LGBT+-Szene auf dem Christopher Street Day in Köln 2015

Foto: <https://commons.wikimedia.org>, Superbass

spreche den natürlichen Werten des Volkes und sei unnatürlich. Zugleich betonte sie, dass es in der Republik „keinerlei Menschenrechtsverletzungen“ gebe, keine Verhaftungen oder Morde. Diese Aussagen unterstreichen aber die Gefahr, der LGBT+-Menschen oder solche, die dafür gehalten werden, ausgesetzt sind.

Die Berichte über Inhaftierungen, Folter und sonstige Menschenrechtsverletzungen müssen geprüft und aufgeklärt werden. Dieser Meinung sind auch europäische Politiker, z. B. der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz: „Die Vorwürfe müssen restlos aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Anti-Homosexuellen-Gesetze bedeuten für die Betroffenen nicht nur ein Le-

Allerdings schweigen die Ermittlungsbehörden der Russischen Föderation zu den Vorfällen und ihre „Voruntersuchungen“ zu den Berichten über Entführungen und Morde an Schwulen sind ins Stocken geraten. Ergebnisse der Untersuchungen sind kaum zu erwarten.

Die Lage in Russland ist nicht besser

Dass Russland bei der Aufklärung der Verbrechen keine Hilfe ist, mag daran liegen, dass auch dort die Lage für LGBT+-Personen schlecht ist. Gewaltverbrechen an ihnen haben sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt. Auch ist die Täterschaft „aggressiver und weniger ängstlich geworden“ (Swetlana Sacharowa, Vorstandsmitglied des „Russian

elle verteufelt. Zudem werden Rechte für LGBT+ zunehmend als Schreckensszenario benutzt. Solange die Bevölkerung zum Großteil Angst vor „so viel Liberalismus“ hat, wird sich so schnell nichts ändern. Von Russland ist daher keine Hilfe zu erwarten.

Umso wichtiger ist es, dass sich die internationale Gemeinschaft einmischt, um die Menschenrechtsverletzungen an LGBT+-Personen zu beenden. Der Bevölkerung muss vermittelt werden, dass sich Menschen ihre sexuelle Orientierung nicht aussuchen können – sie ist Teil von ihnen, wie die Augenfarbe oder andere Merkmale, die bei der Geburt fest angelegt sind.

Sabrina Bucher

Wasser: Quelle des Lebens und vieler Konflikte

Der Zugang zu sauberem Wasser ist ein Menschenrecht! Doch die ungleiche Verteilung des lebenswichtigen Rohstoffes gefährdet im Zusammenhang mit Armut, Konflikten, Überbevölkerung und Klimawandel zunehmend dieses fundamentale Menschenrecht.

Der immense Kreislauf des blauen Planeten

Es ist Donnerstag und es war eine gute Woche für Keith. Ich treffe ihn jeden Tag, wenn ich mich durch die Straßen Nairobis kämpfe. Jeden Tag steht er an derselben Stelle, wenn ich aus dem einen in ein anderes Matatu umsteige. Matatus sind Auto-taxis, die mich in Kenias größten Slum Kibera bringen sollen. Wie jeden Morgen fragt mich Keith, ob ich ihm etwas Wasser abkaufen will. Wie jeden Morgen sage ich nein. Er schüttelt den Kopf. Ich habe wahnsinnigen Durst, erkläre ich ihm. Doch dort, wo ich hinfahre, gibt es keine sanitären Einrichtungen. Ich muss stundenlang auf eine Toilette verzichten. Ich soll mich nicht so anstellen, lacht er und lässt mich ziehen. Es war eine gute Woche für Keith.

Es lohnt, dem Wasserkreislauf der Erde detaillierte Aufmerksamkeit zu schenken: Jährlich werden 410.000 Milliarden Kubikmeter Salzwasser zu Süßwasser. Angetrieben durch die enorme Energiezufuhr der Sonne verdunsten über den Land- und Wasserflächen des blauen Planeten pro Stunde mehr als 60 Milliarden Kubikmeter! Wolken bilden sich und dienen als Transportkraft: Sie verteilen das Wasser, wenn es regnet, hagelt oder schneit. Ein Teil verdunstet bereits auf dem Weg zum Boden, wo Pflanzen darauf warten. Versickert es in der Erde, bildet sich Grundwasser. Erd- und Gesteinsschichten reinigen es und reichern es mit Mineralstoffen an. Über Bäche und Flüsse gelangt das Süßwasser in die Meere und wird wieder zu Salzwasser. Nur drei Prozent der weltweiten Wassermenge macht das für Landlebewesen trinkbare Süßwasser aus. Wir gewinnen es über Pumpen oder Brunnen aus dem Grundwasser oder nutzen Quell- und Oberflächenwasser. Nach dem

Gebrauch muss das Abwasser aufbereitet werden. Zumindest im Prinzip ist es möglich, Wasser erneut nutzbar zu machen.

Armut: „Wenn Wasser knapp ist, bekommen es die Mächtigen“

Es stinkt. Es stinkt so furchterlich, dass ich mir angewöhne, durch den Mund zu atmen. Doch das finde ich auch nicht angenehm, überall sind Fliegen. Irgendwie stelle ich mir ständig vor, wie sie mir in den Mund fliegen. Der Gestank kommt aus den kleinen Kanälen, die zwischen den Sandwegen und den Wellblech-Behausungen fließen. Eine Kloake aus Fäkalien und Plastik. Kindern laufen die Nasen. Fliegen lassen sich auf dem Schmodder nieder. Niemand verschaut sie. Schmutzverschmierte Männer ziehen klapprige Holzkarren mit Gemüse über die unebenen Wege. Abgemagerte Hunde laufen auf der Suche nach etwas Essbarem umher. Ich kann mich an all das auch nach Wochen nicht gewöhnen. Für mich ist alles unangenehm. Für sie auch.

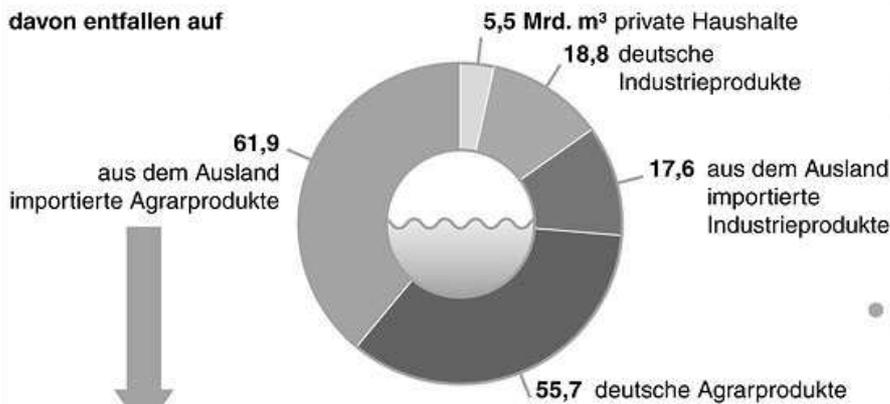
Das Problem mit dem Wasser sei seine Verteilung, erklärt der frühere Direktor des UN-Umweltprogramms Achim Steiner. Je nach geografischem Raum sind die natürlichen Süßwasservorkommen extrem ungleich verteilt und stehen häufig nicht in der Qualität zur Verfügung, in der es zum Überleben benötigt wird. In 80 Ländern herrscht Wasserknappheit, Tendenz steigend. In tropischen Gebieten fallen zwar mitunter heftige und hohe Niederschläge, jedoch sind diese über die Monate ungleich verteilt, sodass es dort auch lange Trockenperioden gibt. Da es Schwierigkeiten bereitet, größere Wassermengen qualitativ nutzbar zu machen, wird insbesondere in solchen Klimazonen unsauberes Trinkwasser zu einem hohen

Gesundheitsrisiko. Jeder fünfte Mensch hat nach Angaben der UN keinen Zugang zu ausreichend sauberem Süßwasser und hygienischen Sanitäreinrichtungen. Daran sterben jedes Jahr rund 2,2 Millionen Menschen – 1,8 Millionen von ihnen sind Kinder unter fünf Jahren! Nicht nur Menschen, auch ihre Nutztiere und viele weitere Lebewesen sterben aufgrund von verunreinigtem Wasser. Der WWF gibt an, dass heute etwa 1,6 Milliarden Menschen in natürlich wasserarmen Gegenden und Regionen der Welt leben. Das gilt insbesondere für große Teile Chinas, Indiens, Nordafrikas, dem Nahen und Mittleren Osten, Mexiko und Südafrika. Auffällig ist der Zusammenhang zwischen diesen Ländern und vergleichsweise hohen Armutsraten. Da Menschen in sozialen Konstrukten, namentlich Staaten, rechtliche Räume für privilegierte Gruppen geschaffen haben, wird Wassermangel zur politischen Frage. Wasser und seine Verteilung ist abhängig vom Verantwortungsbewusstsein und von der Handlungskapazität der jeweiligen Regierungen. Fehlende Sozialsysteme und Infrastruktur führen zu einem Teufelskreis aus Armut, unzureichender Wasserversorgung und Krankheit. „Wasserknappheit ist primär ein Problem von Armut und Ungleichheit. Wenn Wasser knapp ist, bekommen es die Mächtigen. Die Schwachen gehen leer aus“, urteilen Experten des UNDP (United Nations Development Program). In fast allen Slums fehlt eine Abwasser-versorgung. Fäkalien landen in Flüssen, die sich zu gefährlichen Infektionsherden entwickeln – ohne ausreichende Gesundheitsversorgung in Reichweite. Nairobis größtes Elendsviertel Kibera ist ein Beispiel dafür, was passiert, wenn der Regen

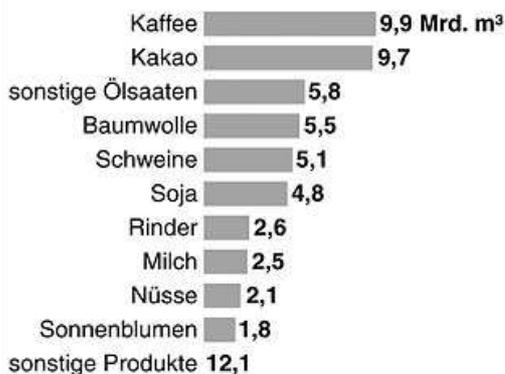
Deutschlands Wasser-Fußabdruck

Deutschland verbraucht jährlich 159,5 Milliarden Kubikmeter Wasser

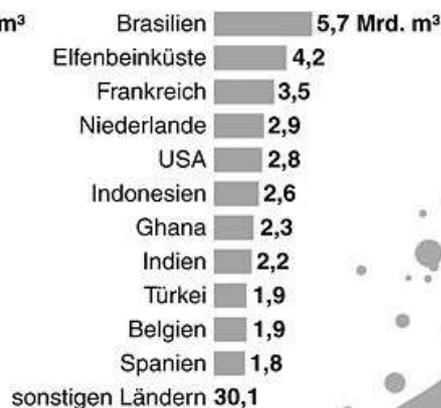
davon entfallen auf



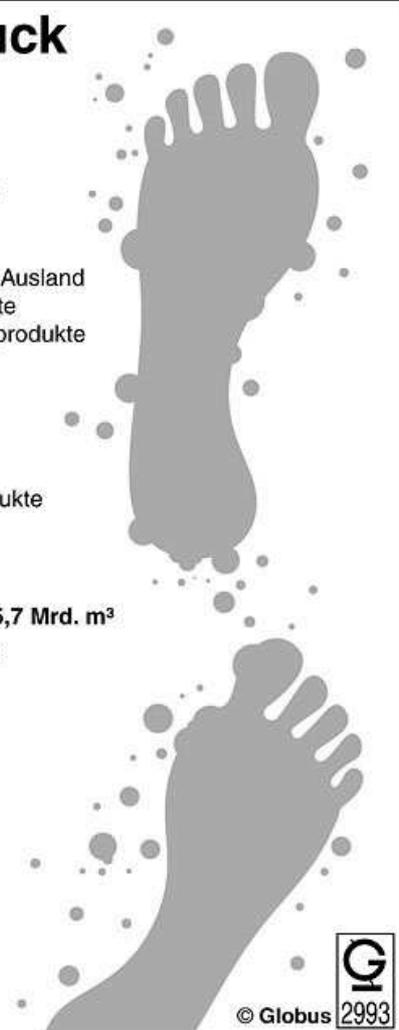
davon für



davon aus



Quelle: WWF Deutschland



© Globus 2993

weniger wird und die Bevölkerung zunimmt – und sich keiner darum kümmert. Häufig sind es zudem Frauen, welche die Last des Wassermangels sprichwörtlich auf ihren Schultern tragen müssen: In Entwicklungsländern laufen sie bis zu 16 Stunden und 40 Kilometer pro Woche, um ausreichend Wasser für ihre Familien zu beschaffen. Dies macht bis zu einem Viertel ihres täglichen Kalorienbedarfs aus, den sie oft nicht decken können. Muskelschmerzen, Untergewicht, Schwierigkeiten bei Geburten aufgrund der überlasteten Becken- und Hüftmuskulatur, Bildungsarmut und Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe in Politik, Wirtschaft und Kultur sind die Folgen. Wasserknappheit manifestiert nicht nur Machtun-

gleichgewichte zwischen Staaten, sondern ebenfalls zwischen den Geschlechtern.

Konflikte: Wem gehört das Wasser?

Meine Klasse besteht aus fünf Kindern. Obwohl sie alle unter demselben Wellblech-Dach leben, das gleichzeitig die Schule ist, kommen sie unregelmäßig. Ich finde nie heraus, wann und warum ein Kind kommt oder nicht. Sie sind krank, sagt mir die Direktorin, die gleichzeitig die Leiterin des Waisenheims ist. Kein Wunder. Es ist dreckig und es gibt keine medizinische Versorgung. Es mangelt an allem, vor allem an Geld. Die Waisen, die ich unterrichte, haben ihre Eltern aufgrund von Gewalt und Krankheit verloren. Ein Schüler fällt mir besonders auf. Er

gibt sich hart. Nach dem Unterricht kommt er zu mir. Er ist sehr sensibel. Er verrät mir seine Geheimnisse. Seine Eltern starben beide durch Pistolenschüsse auf den Straßen Kibera. Es ging um drei Kanister Wasser.

Besonders in Dürre- und Trockengebieten mit schwindenden Süßwasserressourcen und schlechtem innenpolitischen Wassermanagement ist die Verteilungs- und Nutzungskonkurrenz des Wassers zu spüren. Doch auch die chinesische Metropole Shanghai leidet trotz ausreichender Süßwassermengen an Wasserknappheit: Das meiste Trinkwasser ist verschmutzt. Megastädte wie Shanghai zeigen ein neues Problem auf, das es zukünftig zu bewältigen gilt: qualitative Wasser-

knappheit durch fortschreitende Urbanisierung. Die Verteilungsfrage tangiert nicht nur den Ausgleich zwischen Staaten mit üppigen Süßwasservorkommen und wasserarmen Regionen, sondern ebenfalls die Frage nach der Nutzung von grenzüberschreitenden Süßwasserquellen. Dass natürliche Wasserreserven keine Rücksicht auf Staatsgrenzen nehmen, provoziert die Frage: Wem gehört das Wasser? Fast die Hälfte der Weltbevölkerung lebt an grenzüberschreitenden Flüssen und Seen. Über 260 Wassereinzugsgebiete werden weltweit von zwei oder mehr Staaten geteilt, wie beispielsweise in der „Nilbecken-Initiative“. Wasser- und Verteilungsfragen werden politisch inner- und zwischenstaatlich geregelt, was bei Problemen im Wassermanagement schnell zu Konflikten führt. Dispute zwischen verschiedenen Stämmen, wie um das Wasser des Turkana-Sees an der Grenze zwischen Kenia und Äthiopien, bei denen geschossen, geraubt und sogar gemordet wird, sind nur kleine Auseinandersetzungen: Die nächsten großen Kriege werden aufgrund von Wasser geführt werden. „Das einzige, um das Ägypten noch einmal Krieg führen würde, ist Wasser!“, prognostizierte der frühere Präsident des Nil-Anrainerstaates Ägypten, Anwar as-Sadat. Der ehemalige UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali schloss sich an: „Der nächste Krieg im Nahen Osten wird um Wasser geführt werden.“ Häufig sind die Nutzungsrechte nach Gesetzen aus Kolonialzeiten geregelt, der Territorialkonflikt zwischen Israel und Palästina zeigt jedoch, welche Relevanz Wasser in Konflikten derzeit bereits besitzt und zukünftig einnehmen wird. Der Nahostkonflikt als Auseinandersetzung um einen Siedlungsraum implementiert den Anspruch auf Wasser für den wasserintensiven westlichen Konsumstil Israels: Täglich duschen, hauseigene Swimmingpools und umfangreiche Agrarexporte von Obst und Gemüse, das vor allem in trockenen Sommermo-

naten nur bei starker Bewässerung angebaut werden kann. Dieser hohe Wasserverbrauch kann nicht allein aus den Wasserressourcen des israelischen Staatsgebietes bedient werden. „Wasser spielt in vielen Konflikten eine Rolle, ist aber nie der alleinige Auslöser“, analysiert der Politikwissenschaftler Tobias von Lossow. „Meist geht es auch um territoriale, ethnische und religiöse Fragen oder wirtschaftliche Interessen.“ Nach Einschätzung Lossows haben Zahl und Intensität innerstaatlicher Wasserkonflikte zwischen armen und reichen Bevölkerungsschichten sowie Stadt- und Landbevölkerung zugenommen, während einer UNESCO-Erhebung zufolge zwischenstaatliche Regelungen um die Wassernutzung in den Jahren 2000 bis 2008 zu zwei Dritteln kooperativ waren und zu einem Drittel Konflikte provozierten. „Staaten bleiben die zentralen Akteure, sie sind für die Wasserversorgung verantwortlich“, resümiert der Wissenschaftler.

Überbevölkerung: Ein einmaliger Zustand in der Evolutionsgeschichte des blauen Planeten

Alles tut weh. Mein Hals, mein Kopf, meine Obren, meine Knochen. In diesem elendigen, kahlen Zimmer liege ich seit Tagen. Ich habe Durst, doch niemand bringt mir Wasser. Ich brauche Medikamente, doch niemand geht mit mir zu einem Arzt. Das Leitungswasser ist verschmutzt, trotzdem trinke ich es. Jetzt tut auch mein Bauch weh. Ich habe keinen Zugang zum Internet. Meine Familie sitzt zuhause und ist auch krank, vor Sorge. Mein Immunsystem hat Käbera nicht lange ausgehalten. Ich leide, denn meine Klasse sitzt ohne Lehrer da. Wie meine Schüler und Schülerinnen bin auch ich krank geworden. Wie meine Schüler und Schülerinnen habe ich keinen Zugang zu Trinkwasser und Medizin. Wie meine Schüler und Schülerinnen werde ich an der Situation depressiv. Doch anders als sie habe ich eine Perspektive.

Schon immer haben sich die großen Zivilisationen des Homo Sa-

piens um ausgedehnte Süßwassergebiete gebildet. Die Hochkultur der Ägypter konnte nur aufgrund des technischen Verständnisses der Menschen, die Wasserperioden des Nils zu entschlüsseln und dieses Wissen in hochkomplexes Wassermanagement umzusetzen, entstehen und über dreitausend Jahre währen. Allein aufgrund der innovativen, intelligenten Wassernutzung konnte erstmals eine Vielzahl von Menschen, die sich zu einer beachtlichen Bevölkerungsgröße entwickelt hatte, ausreichend landwirtschaftlich ernährt werden. Schon damals benötigte diese Form der Masselandwirtschaft immense Mengen an Wasser. Heute jedoch ist die Landwirtschaft über Ländergrenzen hinweg reguliert und die Bevölkerungsgröße übersteigt jene des alten Ägyptens bei weitem. Der WWF warnte, die steigende Nachfrage nach Energie, Nahrung und sauberem Wasser werde die weltweite Wasserkrise weiter verschärfen. Unsere natürlichen Trinkwasservorräte greifen wir stetig an: Der ehemalige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon warnt vor dem wachsenden Bedarf der Landwirtschaft, steigender Umweltverschmutzung und mangelhafter Infrastruktur, wenn nach Schätzungen der Vereinten Nationen die Weltbevölkerung bis 2050 von 7 auf über 9 Milliarden Menschen wachsen wird. Dies ist in der Evolutionsgeschichte des Planeten ein einmaliger Zustand: Keine Spezies zuvor hat je eine derart große Populationsgröße erreicht. Dies allerdings ist nicht unbedingt positiv zu bewerten. Allein der Anteil der Landwirtschaft beim Wasserverbrauch liegt bei 70 Prozent. Während sich die Bevölkerung in den letzten 50 Jahren verdoppelte, stieg der landwirtschaftliche Wasserverbrauch von 500 Milliarden Kubikmetern im Jahr 1990 auf 3000 Milliarden Kubikmeter! Der Mensch greift massiv in die Natur ein. Politische Regelungen fördern die Landwirtschaft derzeit über flächenprämierte Subventionen in Milliardenhöhe. Das führt allerdings

Betrogen um die Hoffnung auf ein besseres Leben – Menschenhandel als moderne Sklaverei

Sklaverei? Ein Relikt aus vergangenen Zeiten. Menschenhandel? Betrifft nur ungebildete Menschen. Was hat das mit mir zu tun? Nichts. – FALSCH. Der Handel von Menschen und ihre Ausbeutung unter unwürdigen Bedingungen ist heute genauso problematisch wie früher und die Opferzahl sinkt nicht. Jedes Land auf der Welt ist von Menschenhandel betroffen. Jeder von uns ist ein potenzielles Opfer.

Manisha arbeitet in Nepal als Straßenverkäuferin. Sie verdient damit nicht viel Geld. Geld für eine Ausbildung oder einen Schulbesuch haben ihre Eltern nicht. Somit kann sie ihre wirtschaftliche Situation auch nicht verändern. Bis zu dem Tag, als ein ausländischer Mann vor ihrem Verkaufsstand steht und sie fragt, ob sie nicht in Europa arbeiten möchte. Er sei auf der Suche nach Menschen, die als Kellner, Haushälter oder Reinigungskräfte arbeiten wollen. Die Arbeitsbedingungen seien gut, sagt der Mann. „Du wirst viel Geld verdienen“, ver-

sichert er ihr. Manisha ist froh, aus ihrer ausweglosen finanziellen Situation wegzukommen und gleichzeitig ihrer Familie helfen zu können. Also willigt sie ein. Plötzlich geht alles schnell. Bevor Manisha es realisieren kann, sitzt sie schon im Flieger nach Deutschland. Erst nach der Ankunft merkt sie dann, dass die Versprechen nur Täuschung waren und sich nicht bewahrheiten. Ihr werden ihre Papiere, ihre Wertsachen und ihr Handy weggenommen. Ohne Kontakt zu ihrer Familie, ohne gültige Dokumente und ohne Sprachkenntnisse, gelangt sie in eine un-

freiwillige Abhängigkeit von diesem Mann, der an ihrem Verkaufsstand war – dem Menschenhändler, denn ohne ihn kann sie nicht überleben; für ihn muss sie unter ausbeuterischen Zuständen arbeiten: schlechte Bezahlung, lange Arbeitszeiten, gefährliche Arbeit. Es entsteht eine komplizierte Beziehung zwischen den beiden, die von außen kaum als Menschenhandel erkennbar ist. Denn an wen sollte sich Manisha wenden? Wie ihrer Stimme Gehör verschaffen? Wer glaubt ihre Geschichte?



„Stoppt Menschenhandel“ – Aktion von Amnesty International im Jahre 2008

Es kann eine rumänische Haushalts-hilfe sein. Es kann ein mexikanischer Arbeiter sein, der in Deutschland ausgebeutet wird. Es kann ein ugandisches Kind sein, das zum Betteln auf die Straße geschickt wird. So vielfältig wie die Arten von Menschenhandel sein können, so können es auch die Biografien der Menschen sein. Jedes Land in den drei Sätzen kann durch ein beliebiges Land ausgetauscht werden. Jedes Geschlecht kann ausgetauscht werden. Jede Tätigkeit kann ausgetauscht werden.

Obwohl Menschenhandel vielschichtig ist, liegt dem Prinzip doch ein Muster zugrunde: Abhängigkeitsverhältnisse werden geschaffen, verstärkt oder aufrechterhalten. Menschen werden zu Waren degradiert, um ihre Arbeitskraft zu nutzen und einen finanziellen Gewinn daraus zu erzielen. Menschenhandel ist eine nicht hinnehmbare Menschenrechtsverletzung. Aus diesem Grund wird Menschenhandel oft auch als „moderne Sklaverei“ angesehen.

Menschenhandel ist kein neues Phänomen. Wahrscheinlich ist es so alt wie die Menschheit selbst. Früher war der Begriff noch auf Sklaverei gemünzt, während er heutzutage oft mit sexueller Ausbeutung wie beispielsweise Prostitution verbunden wird. Durch diese Verengung werden oft andere Formen des Menschenhandels – wie Arbeitsausbeutung und illegale Organentnahmen – und andere Opfergruppen wie Männer oder Kinder vernachlässigt. Zudem wird Menschenhandel vielfach mit den angrenzenden Themenbereichen Menschenenschmuggel und „illegale“ Migration vermischt. Das



Menschenhandel findet in jüngster Zeit häufig entlang existierender Migrations- oder Flüchtlingsrouten statt, da dort die Chance, potenzielle Opfer zu finden, höher ist.

Foto: www.flickr.com/photos/iragelb

macht es schwierig, den Begriff genau zu fassen und von anderen ausbeuterischen Konzepten abzugrenzen. Eine Behandlung des Themas ist unerlässlich, denn Menschenhandel ist weit verbreitet, betrifft jedes Land auf der Welt – sei es als Herkunfts-, Transit- oder Zielland – und kann die unterschiedlichsten Formen annehmen.

Menschenhandel wird oft mit „illegaler“ Migration und Menschenenschmuggel gleichgesetzt, diese drei Bereiche gilt es aber zu trennen. „Illegale“ Migration meint jegliche Grenzüberschreitung, die die Einwanderungsgesetze des Ziellandes verletzt. Dabei ist keine weitere Person von außen involviert. Menschenenschmuggel beinhaltet zusätzlich eine zweite Person (den/die Schmuggler*in). Die geschmuggelte Person kann unter Zwang geschmuggelt werden – eventuell sogar mit Gewaltanwendung – oder dies auf freiwilliger Basis tun. Menschenhandel braucht neben dem/der Schmuggler*in, neben Zwang, Nötigung und eventueller Gewaltandrohung noch zusätzlich das Ele-

ment des Betrugs. Erst wenn mutwillige Täuschung vorliegt, kann von Menschenhandel gesprochen werden. Selbstverständlich lassen sich die Grenzen zwischen „illegaler“ Migration, Menschenenschmuggel und Menschenhandel nur in der Theorie voneinander trennen; in der Praxis verschwimmen diese Grenzen oft: Nicht jede/r Prostituierte, Migrant*in oder Schwarzarbeiter*in ist auch gleichzeitig Opfer von Menschenhandel. Genauso wenig muss für Menschenhandel ein Grenzübertritt vorliegen. Auch innerhalb von Deutschland gibt es Menschenhandel. Zudem kann Menschenhandel und -schmuggel auch nacheinander oder gleichzeitig auftreten.

Menschenhandel findet in jüngster Zeit häufig entlang existierender Migrations- oder Flüchtlingsrouten statt, da dort die Chance, potenzielle Opfer zu finden, höher ist. Denn die Menschen auf diesen Routen haben bereits den Willen auszuwandern und sind über jegliche Verbesserungen ihres vorherigen bzw. derzeitigen Lebensstandards froh. Die fortschreitende Globalisierung er-

leichtert die Mobilität von Menschen und viele wollen von instabilen Staaten in stabile Staaten ziehen: Ihr Leben ist geprägt von wirtschaftlichen Missständen, Krisen und Konflikten, strukturellen Diskriminierungen, mangelnder sozialer Absicherung und vom Druck, die Familie zu versorgen. Diese Kombination aus Mobilität und Motivation bietet einen fruchtbaren Boden für die Ausweitung des Menschenhandels. Menschenhändler*innen nutzen die Migrationsströme dann vor allem, um Opfer für illegale Arbeit und Prostitution zu finden. Nicht selten müssen die Opfer im unsicheren bzw. informellen Arbeitssektor (Hausarbeit, Fabrik, Prostitution) arbeiten. Die Menschen müssen dabei nicht zwangsläufig illegal eingereist sein: Oft haben sie ein gültiges Visum, welches ihnen nach Ankunft weggenommen wird oder verfällt.

Für die Menschenhändler*innen ist das Geschäft lukrativ, weil es neben dem Waffen- und Drogenhandel zu den ertragreichsten Geschäften weltweit gehört. Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge beträgt der illegale

Profit 150 Milliarden US-Dollar. Opfer kann jeder werden, wobei leichter verwundbare Individuen wie Frauen und Kinder am meisten betroffen sind. Frauen sind besonders von sexueller Ausbeutung und Zwangsehen betroffen. Kinder werden oft Opfer durch Zwangsadoptionen, sexuelle Ausbeutung, Zwangsverheiratung, Kinderarbeit und die Arbeit als Kindersoldat*innen. Männer werden eher selten zu Opfern von Menschenhandel. Bei ihnen überwiegt die Arbeitsausbeutung. Bei den Verbrechen der illegalen Organentnahme sind Männer, Frauen und Kinder gleichermaßen betroffen. Da die Opfer Angst vor Vergeltung haben und oft nicht wissen, wie sie Hilfe holen können, decken meist erst polizeiliche Ermittlungen den Menschenhandel auf. Dadurch ergibt sich bezüglich der Opferzahl eine hohe Dunkelziffer. Die ILO schätzt die Zahl der Opfer weltweit auf 18,7 Millionen. In der Europäischen Union wird die Zahl auf 880.000 geschätzt. Das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) kommt auf geschätzt 30.000 Opfer, von denen 80% Frauen und Mädchen und 20% Männer

und Jungen sind. 30% sind Opfer sexueller Ausbeutung und 70% Opfer von Arbeitsausbeutung.

Auf internationaler Ebene gibt es bereits viele Verträge bzw. Abkommen zur Bekämpfung des Menschenhandels. Dazu gehören beispielsweise das Palermo-Protokoll der UN, die Konvention des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels, die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung von Frauen (Art. 6), die Europäische Menschenrechtskonvention (Art. 4) und die Europäische Grundrechtecharta (Art. 5).

Menschenhandel hat viele Facetten und ist weitestgehend unsichtbar, sowohl in der Öffentlichkeit als auch im politischen und rechtlichen Raum. Der Fokus liegt immer noch auf Strafverfolgung und nicht auf Opferschutz oder Präventionsmaßnahmen. Dabei sind Menschenrechtsverletzungen nicht nur Folge von Menschenhandel, sondern oft auch Ursache, weshalb die Menschen ihr Land verlassen bzw. Arbeitsangebote annehmen. Wir dürfen unsere Augen nicht vor dem Menschenhandel verschließen, sondern müssen die Problematik immer wieder in den Blickwinkel der Öffentlichkeit rücken, um eine Sensibilisierung zu erreichen und um den Opfern eine Stimme zu geben. Nur wer ungehört bleibt, wird vergessen. Nur wer gehört wird, dessen Situation kann sich verändern.



Indonesische Arbeiterinnen in Hong Kong – sie wollten der Armut entfliehen und landen oft in menschenunwürdigen Lebensverhältnissen.

Foto: Amnesty International/Robert Godden

Victoria Kropp

Mit Willkür gegen Oppositionelle

Tausende willkürliche Festnahmen jährlich, Haftstrafen aufgrund vager Vorwürfe wie „Gefährlichkeit“, „Missachtung“ oder „Ungehorsam“, Prügelattacken gegen friedliche Demonstranten, kein Zugang zu unabhängigen Anwälten, Verlust des Arbeitsplatzes bei der leisesten Kritik, Verfolgung unabhängiger Gewerkschaften ... – die Liste der Menschenrechtsverletzungen in Kuba ist lang. Nach der 60 Jahre andauernden Castro-Ära wurde im April 2018 Miguel Díaz-Canel zum neuen Präsidenten gewählt. Zum historischen Machtwechsel hat Amnesty International eine Menschenrechtsagenda vorgelegt.

Kuba ist das einzige Land in Amerika, das Amnesty International die Einreise verweigert. Der letzte offizielle Besuch liegt 28 Jahre zurück. Seither gab es nur einen begrenzten Dialog zwischen der Organisation und den kubanischen Behörden. Um Informationen über die Menschenrechtslage zu bekommen, befragt Amnesty International kubanische Migranten, Nichtregierungsorganisationen, Aktivisten, Wissenschaftler, Vertreter unabhängiger Gewerkschaften und Journalisten.

Die letzte Besuchsanfrage richtete Amnesty im April 2016 an den damaligen Präsidenten Raúl Castro, sie wurde nie beantwortet. Außerdem stellte die Organisation im Zusammenhang mit ihrem 2017 erschienenen Kuba-Bericht „Your mind is in prison“ Fragen an die kubanischen Behörden. Auch in diesem Fall gab es keine Antwort.

In Nuevo Laredo, an der Grenze zwischen Mexiko und den USA, und in Tapachula, an der mexikanisch-guatemalteckischen Grenze, sind viele Migranten aus Kuba gestrandet. Mit ihnen führte Amnesty International im März und Mai 2017 Inter-

views, um mehr über die Menschenrechtslage im Land zu erfahren.

Hohe Zahl willkürlicher Festnahmen

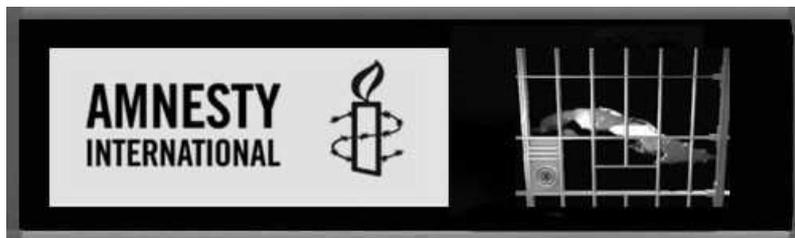
„Sie [die Behörden] verkleiden die Polizisten als Zivilpersonen und holen sie aus anderen Provinzen herbei, damit die Gemeinschaft vor Ort sie nicht erkennt. Und die verprügeln dann diese Frauen. Das ist regelrecht kriminell, ungeheuerlich. Dabei gehen diese Frauen doch bloß auf die Straße, ohne Waffen oder sonst irgendetwas. Ihre Waffen sind ihre Plakate ... auf denen sie Freiheit für Kuba fordern.“ Dies berichtet ein kubanischer Migrant im Gespräch mit Amnesty International im März 2017. Die misshandelten Frauen, von denen hier die Rede ist, sind die „Damen in Weiß“ (Damas de Blanco), eine oppositionelle Frauengruppe. Die Gruppe wurde 2003 gegründet – ursprünglich als Zusammenschluss von Angehörigen und Lebenspartnern von 79 regierungskritischen Journalisten, Oppositionspolitikern und Menschen-

rechtsaktivisten, die im selben Jahr verhaftet und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren. Auch wenn mittlerweile alle 79 wieder auf freiem Fuß sind, gehen die „Damen in Weiß“ weiterhin auf die Straße, um sich für willkürlich Inhaftierte und die Achtung der Menschenrechte in ihrem Heimatland einzusetzen.

Wie nötig ihr Engagement ist, zeigen die Zahlen der „Kubanischen Kommission für Menschenrechte und Nationale Versöhnung“ (Comisión Cubana de Derechos Humanos y Reconciliación Nacional), einer kubanischen, vom Staat nicht anerkannten Nichtregierungsorganisation: Im Jahr 2015 erfuhr sie von 8.616 Fällen willkürlicher Inhaftierung, 2016 stieg diese Zahl auf 9.940. Berichten der unabhängigen Nachrichtenagentur „Hablemos Press“ zufolge handelte es sich bei 94 der im Jahr 2015 inhaftierten Personen um Angehörige der unabhängigen Presse.

Die größte Gruppe der „Damen in Weiß“ marschiert jeden Sonntag in der kubanischen Hauptstadt Havanna mit Gladiolen in den Händen entlang der Quinta Avenida. Ihre weiße Kleidung steht für Frieden und die Unschuld der Inhaftierten. In anderen Regionen Kubas gibt es ähnliche, aber wesentlich kleinere Menschenrechtsdemonstrationen.

Die „Damen in Weiß“ sind eines der Hauptziele behördlicher Unterdrückung. Dies bestätigten gegenüber Amnesty zahlreiche kubanische Migranten sowie die „Kubanische Kommission für Menschenrechte und Nationale Versöhnung“.



Kuba hinter Gittern: Amnesty International dokumentierte zahlreiche unverhältnismäßige und willkürliche Anwendungen des Strafrechts gegen Oppositionelle. Viele Menschen, die Kritik an der Regierung üben, werden diskriminiert und schikaniert, verlieren ihre Arbeit oder landen in „Umerziehungseinrichtungen“ oder gar im Gefängnis.



Die „Damen in Weiß“ demonstrieren jeden Sonntag mit Gladiolen in den Händen für die Achtung der Menschenrechte in Kuba – und nehmen dabei Prügel und Inhaftierung in Kauf.

Quelle: www.amnesty.de, © Getty Images

Jedes Wochenende kommt es zu stundenlang andauernden Festnahmen, oft verbunden mit den oben erwähnten Prügelattacken gegen die friedlich demonstrierenden Frauen.

Dieser eklatante Verstoß gegen das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist symptomatisch für das Land. Die meisten kubanischen Migranten gaben die starke Einschränkung der Meinungsfreiheit zusammen mit der schwierigen wirtschaftlichen Lage als Hauptgrund für das Verlassen des Landes an.

Kritik führt zur Kündigung der Arbeitsstelle

Über 70 % der Kubaner sind beim Staat angestellt. Schon bei der leisesten Kritik an der Regierung oder den allgemeinen Lebensumständen müssen sie mit der Kündigung ihres Arbeitsverhältnisses rechnen oder sie werden so schikaniert, dass sie freiwillig kündigen. Oft finden sie auch im nichtstaatlichen Sektor keine Arbeit.

Zum nichtstaatlichen Sektor gehören Genossenschaften und der private Sektor. Letzterer umfasst die private Landwirtschaft, ferner Be-

triebe, die staatliches Land bearbeiten, sowie Selbstständige und deren Angestellte. Seit Beginn der Wirtschaftsreformen im Jahr 2011 ist der private Sektor enorm gewachsen, die Anzahl der selbstständig Beschäftigten hat sich auf rund 580.000 verdreifacht. Auch der private Sektor wird vom Staat stark reguliert und kontrolliert. Die gesetzlich zulässige Form der Selbstständigkeit ist größtenteils auf an- oder ungelernete Arbeitskräfte beschränkt. Den meisten Berufsgruppen, einschließlich der Universitätsabsolventen, ist es praktisch verboten, im privaten Sektor zu arbeiten. Das bedeutet für viele Staatsangestellte, denen gekündigt wurde, dass sie nicht mehr in ihrem Beruf arbeiten können und froh sein müssen, wenn sie überhaupt noch eine Arbeit finden. Die strenge staatliche Reglementierung führt auch bei der Rechtsberatungsorganisation „Cubalex“ zu Schwierigkeiten: Mitarbeiter wurden unter Druck gesetzt, weil sie unter anderem unabhängige Hilfe in juristischen und menschenrechtlichen Fragen anboten und damit eine Tätigkeit ausübten, die im Selbstständigensektor Kubas nicht offiziell zugelassen ist. Zahlreiche Quellen be-

richteten Amnesty International, dass die Behörden oftmals willkürliche und unverhältnismäßige Beschränkungen aus dem Wust von Bestimmungen für den privaten Sektor auswählen und gegen Personen anwenden, die als regierungskritisch gelten.

„Ein Anwalt muss den Interessen der Regierungspartei entsprechen“

Auch Passivität gegenüber regierungsunterstützten Aktivitäten kann zur Kündigung des Arbeitsplatzes führen, wie ein von Amnesty befragter kubanischer Migrant berichtete: Der ehemalige Kellner in einem staatlich geführten Restaurant hatte am 1. Mai nicht an den traditionellen Feierlichkeiten zum Tag der Arbeit teilgenommen, daraufhin wurde er entlassen. Auch andere staatlich geführte Restaurants lehnten seine Beschäftigung mit dem Hinweis auf dieses Versäumnis ab. Die einzige von der Regierung akzeptierte Gewerkschaft, der staatlich kontrollierte Gewerkschaftsbund CTC (Central de Trabajadores de Cuba), half dem Mann auch nicht. Kein Einzelfall: Der Großteil der



Die Menschenrechtsverletzungen werfen lange Schatten auf die Sonneninsel.

von Amnesty interviewten Personen beklagte sich darüber, dass die offizielle Gewerkschaft nicht gegen Entscheidungen und Maßnahmen von Regierungsbeamten oder der Kommunistischen Partei vorgehe, sie sei daher nutzlos. Unabhängige Gewerkschaften sind von Schikane, Einschüchterungsversuchen und Kriminalisierung betroffen. Wer sich als Angestellter eines Staatsbetriebs in diesen Gewerkschaften engagiert, muss mit willkürlicher Entlassung rechnen. Mit ihrem Vorgehen gegen die Arbeitnehmer staatlicher Betriebe verstoßen die Behörden gegen relevante Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation, die von Kuba ratifiziert wurden.

Auch vor Gericht haben die gekündigten Arbeitnehmer keine Chance. „Warum sollte man einen Anwalt engagieren, wenn dieser Anwalt von der Regierung ist?“, fragte resigniert ein junger Mann, der nach mehrmaligen Versuchen, Kuba per Boot zu verlassen, keine Beschäftigung im staatlichen Sektor mehr finden konnte und von der Polizei drangsaliert wurde. Die Justiz in Kuba ist weder unabhängig noch unvoreingenommen. Ein Anwalt

und ehemaliger Professor bestätigt dies: „Ein Anwalt muss, ganz gleich in welcher Funktion, ständig den Interessen der Regierungspartei entsprechen.“ Personen, die wegen der Wahrnehmung ihrer Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit inhaftiert wurden, berichteten Amnesty International von Schwierigkeiten, Zugang zu einem Rechtsbeistand ihrer Wahl zu erhalten, und kritisierten die mangelnde Unabhängigkeit der Pflichtverteidiger, die sich nicht in der notwendigen Weise für ihre Klienten einsetzten. Die Rechtsbeistände lassen den Familien zum Beispiel fast nie Kopien der Gerichtsdokumente zukommen.

Haft wegen vager Straftatbestände

Zahlreiche Personen berichteten Amnesty, dass sie bereits eine oder sogar mehrere Haftstrafen wegen sogenannter „gefährlicher Gesinnung“ nach Artikel 78–84 des Strafgesetzbuches verbüßt hätten. Das Strafgesetzbuch enthält eine Reihe von Straftatbeständen, wie „Gefährlichkeit“, „Missachtung“ oder „Ungehorsam“, die so vage definiert und weit gefasst sind, dass sie einen Frei-

heitsentzug ermöglichen, ohne dass eine Straftat vorliegt. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission sowie verschiedene nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen, darunter auch Amnesty International, kritisieren, dass diese Straftatbestände ungenau und subjektiv seien und der Willkür Vorschub leisteten.

Viele Interviewpartner gaben Amnesty International gegenüber an, dass sie zum Beispiel nach dem Versuch, das Land zu verlassen, oder bei erfolgloser Arbeitsplatzsuche als „eine Gefahr für die soziale, wirtschaftliche und politische Ordnung des sozialistischen Staates“ eingestuft und angeklagt wurden oder mit einer Anklage gedroht wurde.

Nach Artikel 75.1 des kubanischen Strafgesetzbuches darf jeder Polizist eine Verwarnung wegen „Gefährlichkeit“ aussprechen. Der bloße Umgang mit einer „gefährlichen Person“ reicht aus, um eine solche Verwarnung zu bekommen. Städtische Gerichte haben die Befugnis, jemanden zu einer Person zu erklären, die sich in einem „gefährlichen präkriminellen Zustand“ befindet. Personen mit „gefährlicher Gesinnung“ drohen dann Sicherheitsmaßnahmen wie „Therapie“, Polizeiüberwachung oder „Umerziehung“. Für die „Umerziehung“ kann man für ein bis vier Jahre in spezielle Arbeits- oder Lerneinrichtungen eingewiesen werden. Meistens wird diese Einweisung in eine Haftstrafe umgewandelt.

Ivan, der Sprachen studiert hatte und als Touristenführer in Havanna arbeitete, war selbst nie politisch aktiv. Seit seiner Jugend war er allerdings mit Personen befreundet, die als Mitglieder der politischen Opposition galten. Nachdem er sieben Jahre lang wegen „Gefährlichkeit“, „Missachtung“ und „Ungehorsam“ immer wieder im Gefängnis saß, schaffte er es schließlich im Jahr 2014, Kuba zu verlassen.

Amnesty fordert Aufhebung des US-Embargos

Laut einer von der Universität Chicago im Jahr 2017 durchgeführten Studie gaben 46 % der befragten Kubaner an, sie seien arm oder sehr arm. Der monatliche Durchschnittslohn in Kuba beträgt 27 US-Dollar. Die normale Bevölkerung kommt mit ihrem Lohn nicht über die Runden und ist auf Zweitjobs im informellen Sektor und Geldüberweisungen von im Ausland lebenden Familienangehörigen angewiesen. Manche seien in ihrer Not gezwungen, ihre Arbeitgeber zu bestehlen, so ein Migrant gegenüber Amnesty.

Verantwortlich für die schlechte Wirtschaftslage ist unter anderem das seit 1960 bestehende Wirtschafts- und Handelsembargo der USA gegen Kuba. Die Sanktionen



Miguel Díaz-Canel, der neue Staatspräsident Kubas

Foto: www.flickr.com, Hani Gaming

treffen das Land besonders hart, seit die frühere umfangreiche ökonomische Hilfe aus dem mittlerweile krisengeschüttelten Venezuela wegfällt. Amnesty International hat vielfach die US-Regierung aufgefordert, das Embargo aufzuheben, da es die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der kubanischen Bevölkerung, besonders das Recht auf Gesundheit, verletze. Nach der Wiederaufnahme

diplomatischer Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba im Jahr 2014 kam es zu einer Lockerung des Boykotts. Barack Obama nutzte seine Kompetenzen als Präsident, um zahlreiche Embargobeschränkungen aufzuheben, für die keine Zustimmung des Kongresses notwendig ist. So wurden beispielsweise die Möglichkeiten für US-Amerikaner ohne Kuba-Bezug, nach Kuba reisen zu können, erweitert, was den Tourismus in Kuba ankurbelte. Außerdem wurde Kuba von der US-Liste Terrorismus unterstützender Staaten gestrichen. Doch die Hoffnung, dass nach und nach weitere Sanktionen aufgehoben werden, wurde enttäuscht. Seit dem Machtwechsel im Weißen Haus haben sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern verschlechtert. Die unter Obama eingeführten Reiseerleichterungen wurden unter Präsident Trump wieder zurückgenommen. Außerdem wurde der Handel mit bestimmten kubanischen Unternehmen verboten.

Menschenrechtsagenda für den neuen Präsidenten

Auch in Kuba gab es einen Machtwechsel: Nach der 60-jährigen Herrschaft der Castro-Brüder wählte das Parlament im April dieses Jahres den 58-jährigen Miguel Díaz-Canel zum neuen Staatspräsidenten Kubas. Er war der einzige Kandidat, der zur Wahl stand. Seit Jahren

war er von Raúl Castro zum Nachfolger aufgebaut worden. Raúl Castro gab die Macht nicht ganz aus der Hand, er bleibt Chef der Kommunistischen Partei, die laut Verfassung die Führungsrolle im Staat innehat.

Freunde von früher beschrieben Díaz-Canel als jovialen jungen Mann, der Rockmusik liebte, lange Haare trug – beides galt im damali-

gen Kuba als subversiv – und sich in den Achtzigerjahren für den Erhalt eines Klubs stark machte, in dem Künstler, Rocker, Bohemiens und Transvestiten verkehrten. Im Laufe der Jahre wandelte er sich immer mehr zum linientreuen Parteikader. Wie linientreu musste sein ehemaliger Freund Guillermo Fariñas leidvoll erfahren. Fariñas, ein kubanischer unabhängiger Journalist und Oppositioneller, trat unzählige Male in den Hungerstreik, um gegen die Menschenrechtsverletzungen in Kuba unter der Präsidentschaft der beiden Castro-Brüder zu protestieren und um die Freilassung von politischen Gefangenen zu erreichen. In der Amtszeit Raúl Castros saß er insgesamt elf Jahre als politischer Häftling im Gefängnis. Als Psychologie-Student wurde er 1986 von der Universität verwiesen, weil er einer Gruppe von Leuten angehörte, die den Theorien Sigmund Freuds anhängen und die Glasnost-Politik von Michail Gorbatschow guthießen. Ausgerechnet sein damaliger Freund Díaz-Canel hatte sich für seinen Universitätsausschluss stark gemacht.

Die kubanische Opposition rechnet aktuell nicht mit politischen Veränderungen. „Hier gibt es keinen Wandel. Es wird so weitergehen wie bisher. Es ändern sich nur die Namen“, sagte Berta Soler, die Chefin der Oppositionsgruppe „Damen in Weiß“. Amnesty International will aber diesen historischen Moment der Nach-Castro-Ära nutzen und hat eine Menschenrechtsagenda für die neue Regierung erarbeitet – in der Hoffnung, dass die unkonventionelle Seite des neuen Präsidenten zum Vorschein kommt.

Eva Scheerer

Link zur Menschenrechtsagenda:

<https://www.amnesty.org/en/documents/amr25/8186/2018/en/>

Link zur Petition, in der die Umsetzung der Agenda gefordert wird:

<https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2018/04/cuba-2018-transform-confrontation-into-dialogue/>

#StandUp4HumanRights

70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

„Quasselbude“, „zahnloser Tiger“ – Schmähung und Kritik begleiten die Vereinten Nationen seit ihrer Gründung im Jahre 1945. Grund genug, immer wieder auf die Verdienste dieser Weltorganisation aufmerksam zu machen: Mit der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ verabschiedete die UN-Generalversammlung am 10. Dezember 1948 ein Dokument, das die Welt veränderte.

Doch machen wir uns nichts vor: Trotz der hohen politischen, moralischen und symbolischen Bedeutung der Erklärung ist die absolute Zahl derer, die um ihre Menschenrechte betrogen werden, heute höher als zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Erklärung vor 70 Jahren. Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Armut, Umweltverschmutzung und mangelnde Hygiene, Diskriminierung, Unterdrückung, Verfolgung und Folter sind heute wie damals die entscheidenden Hürden, die einem Leben in Würde und Recht entgegenstehen.

Umso wichtiger ist es für jede/n von uns, für die eigenen und die Rechte anderer einzustehen, jeden Tag. Eleanor Roosevelt hat das schon vor 70 Jahren als entscheidende Voraussetzung für die Durchsetzung der Menschenrechte erkannt:

„Wo nehmen die universellen Menschenrechte ihren Ausgang? Im Kleinen, direkt vor Ort – an den Orten, die auf keiner Weltkarte zu finden sind. [...] Wenn die Menschenrechte dort nichts gelten, gelten sie nirgends viel. Ohne das bürgerschaftliche Engagement für die Einhaltung der Menschenrechte vor Ort werden wir global keinen Fortschritt sehen.“

Die lokalen Amnesty-Gruppen werden am 10. Dezember den 70. Geburtstag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte feiern und



Eleanor Roosevelt mit einem spanischsprachigen Abdruck der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die Erklärung wurde unter ihrem Vorsitz von der UN-Menschenrechtskommission ausgearbeitet.

*Bildquelle: Franklin D. Roosevelt Library website
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=4881283>*

allen Menschen Angebote machen, sich vor Ort für die Rechte der Menschen zu engagieren. Nähere

Informationen entnehmen Sie bitte der Tagespresse.

Joachim Lerchenmüller

Liebe Leserinnen und Leser,

nachdem im Mai 2018 die europäische Datenschutz-Grundverordnung in Kraft getreten ist, möchten wir die Gelegenheit nutzen, um Ihnen kurz mitzuteilen, dass Amnesty International Tübingen Ihre Adressen nur zu dem Zweck gespeichert hat, um Ihnen vierteljährlich kostenfrei das ANKLAGEN-Heft zuzusenden. Wenn Sie aus dem Verteiler gestrichen werden wollen, schreiben Sie uns bitte – gerne per E-Mail oder an unsere Postadresse.

18. Filmfest FrauenWelten von TERRE DES FEMMES

in Tübingen vom 21. bis 28. November 2018

Auch dieses Jahr präsentiert das Filmfest FrauenWelten von TERRE DES FEMMES über 30 Spiel- und Dokumentarfilme, die eindruckliche Schicksale von Frauen aus der ganzen Welt erzählen.

Weibliche Genitalverstümmlung (FGM)

Weltweit sind mehrere hundert Millionen Frauen von FGM betroffen. Die gesundheitlichen und psychischen Folgen sind gravierend. "The Cut: Exploring FGM" geht der Frage nach, warum die Praxis nach wie vor weit verbreitet ist. Der Film widerlegt die gängige Vorstellung, dass es sich bei FGM um eine rein afrikanische oder muslimische Tradition handele. Die umfassende Recherche spürt das Phänomen in 15 Ländern auf sechs Kontinenten auf – darunter Russland, Australien und die USA. Unter den verschiedenen Künstlerinnen, die sich in "Little Stones" für die Rechte von Frauen stark machen, ist auch die senegalesische Rapperin Sister Fa. Wageutig plädiert sie gegen FGM.

Begleitend zum Filmprogramm zeigt das Filmfest die Foto-Ausstellung "Building Bridges to end FGM". Zur Ausstellungs-Eröffnung sind internationale ExpertInnen und die RegisseurInnen der Filme zu Gast.

Rechte von Mädchen weltweit

Ein selbstbestimmtes, gleichberechtigtes Leben für Mädchen auf der ganzen Welt ist immer noch ein fernes Ziel. Zum Internationalen Tag "NEIN zu Gewalt an Frauen" startet TERRE DES FEMMES die Mädchenkampagne, die den Schutz von Mädchen in den Fokus rückt. Aufmerksamkeit gebührt Geschichten wie der der 15-jährigen Nisha, die in Norwe-

gen als Tochter pakistanischer Eltern zwischen den Kulturen aufwächst. Als sie mit einem Jungen erwischt wird, wird sie von ihrem Vater nach Pakistan entführt („Was werden die Leute sagen“). Während ein argentinisches Mädchen in "Invisible" erleben muss, was eine ungewollte Schwangerschaft bedeutet, wenn Abtreibung keine legale Option darstellt, entscheidet sich die junge Astrid Lindgren im Biopic "Unga Astrid" für ein uneheliches Kind und wagt damit den Bruch mit ihrer Familie. Die wahrhaftigste Leinwandheldin zeigt "Supa Modo": Ihrer unheilbaren Erkrankung begegnet die neunjährige Jo aus Kenia mit ungebrochener Lebensfreude.

Akteurinnen für soziale Gerechtigkeit

Im Zentrum des Filmfests stehen jedes Jahr Frauen, die für soziale Gerechtigkeit eintreten und sich gegen patriarchale Strukturen behaupten. Mit Roya Sadat begrüßt das

Filmfest die erste Frau, die nach dem Ende der Taliban-Herrschaft erfolgreich als Filmemacherin in Afghanistan tätig war. In ihrem Film "A Letter to the President" kämpft eine Polizeichefin für die Durchsetzung geltender Gesetze zum Schutz eines Mädchens und gerät damit ins Kreuzfeuer alteingesessener Clans. "Song of Scorpions" erzählt von einer Heilerin in der indischen Wüste, die sich mithilfe ihrer mythischen Gesangkunst gegen männliche Vereinnahmung zur Wehr setzt. Ihren Status als Pop-Ikone nutzt die aus Sri Lanka stammende M.I.A., um auf Menschenrechtsverletzungen an der tamilischen Minderheit aufmerksam zu machen, und stößt damit auf harsche Kritik ("Matangi/Maya/M.I.A.").

Weitere Informationen zu den Filmen, den Gästen sowie dem Rahmenprogramm von FrauenWelten unter:
www.frauenrechte.de/filmfest



Szene aus dem Film "Song of Scorpions"

Tübinger Menschenrechtspreis für Raif-Badawi-Mahnwache



Im Juni 2018 erhielt die Raif-Badawi-Mahnwache den Tübinger Menschenrechtspreis. Seit Januar 2015 erinnert die Gruppe – zusammen mit Amnesty International Tübingen – jeden Samstag an das Schicksal des saudi-arabischen Bloggers Raif Badawi, der wegen seiner Schriften zu 1000 Peitschenhieben, zehn Jahren Gefängnis und einer hohen Geldstrafe verurteilt worden ist. Er hatte sich in Blogbeiträgen für ein liberales Saudi-Arabien ausgesprochen, das die Menschenrechte achtet. Badawi ist seit 2012 in Haft. Im Januar 2015 wurde er öffentlich ausgepeitscht.



Die Gründer der Raif-Badawi-Mahnwache Max Steinacher (links) und Christopher Gohl

Seit Mai 2018 sind in Saudi-Arabien mehrere führende Frauenrechtsaktivistinnen und -aktivisten wegen ihrer friedlichen Menschenrechtsarbeit festgenommen worden – darunter Loujain al-Hathloul, Iman al-Nafjan und Aziza al-Yousef. Viele wurden ohne Anklage inhaftiert. Ihnen drohen Verfahren vor dem Anti-Terror-Gericht. Ende Juli 2018 wurden die Menschenrechtlerinnen Samar Badawi, die Schwester Raifs, und Nassima al-Sada inhaftiert.

Eva Scheerer



Badawi-Mahnwache auf dem Neckar in Tübingen

© Friedrich Lehmann

Unter www.ai-tuebingen.de (Appellbriefe) finden Sie **Musterbriefe** der Deutschen Sektion von Amnesty International.

IRAN : Schwer krank im Gefängnis

Der iranische Menschenrechtsverteidiger und gewaltlose politische Gefangene Arash Sadeghi befindet sich seit über zwei Jahren im Gefängnis und verbüßt dort zwei Haftstrafen von insgesamt 19 Jahren. Er wurde allein wegen seiner friedlichen Menschenrechtsarbeit für schuldig befunden, unter anderem in Zusammenhang mit der Weiterleitung von Informationen zur Menschenrechtssituation im Iran an Amnesty International. Seit einem 71-tägigen Hungerstreik leidet Arash Sadeghi an zahlreichen Erkrankungen. Weil ihm die Strafverfolgungsbehörden die Verlegung in medizinische Einrichtungen außerhalb des Gefängnisses verweigerten, hat sich sein Zustand weiter verschlechtert. In den vergangenen 20 Monaten klagte er zudem über anhaltende Schmerzen im Ellenbogen und in den Schultern. Als er im Mai 2018 endlich im Krankenhaus untersucht wurde, stellten die Ärzt_innen einen Knochentumor fest. Einen Antrag auf Verlegung in ein Krankenhaus, das auf die Behandlung von Krebserkrankungen spezialisiert ist, lehnten die Behörden jedoch ab.



© privat

Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe an den Generalstaatsanwalt von Teheran und bitten Sie ihn darum, Arash Sadeghi umgehend und bedingungslos freizulassen, da er sich nur in Haft befindet, weil er friedlich von seinen Rechten auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit Gebrauch gemacht hat. Bitten Sie ihn außerdem darum, sicherzustellen, dass Arash Sadeghi Zugang zu dringend benötigter fachärztlicher Behandlung erhält. Fordern Sie zudem, dass Arash Sadeghi vor weiterer Folter und anderweitiger Misshandlung – dazu zählt auch die Verweigerung einer angemessenen medizinischen Behandlung – geschützt ist und dass Ermittlungen gegen diejenigen eingeleitet werden, die ihm die medizinische Behandlung verweigern.

Schreiben Sie in gutem Persisch, Englisch oder auf Deutsch an:

Generalstaatsanwalt von Teheran
Abbas Ja'fari Dolat Abadi
Office of the Prosecutor
Corner (Nabsh-e) of 15 Khordad Square
Tehran
IRAN

*(Anrede: Dear Prosecutor General /
Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt)
(Standardbrief Luftpost bis 20g: 0,90 €)*

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Islamischen Republik Iran
S. E. Herrn Ali Majedi
Podbielskiallee 65-67
14195 Berlin

*Fax: 030 – 84 353 133
E-Mail: info@iranbotschaft.de
(Standardbrief: 0,70 €)*

Briefvorschlag:

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt,

mit großer Sorge habe ich erfahren, dass sich der Menschenrechtsverteidiger Arash Sadeghi in Haft befindet und ihm der Zugang zu dringend benötigter medizinischer Versorgung untersagt wurde.

Ich bitte Sie, Arash Sadeghi umgehend und bedingungslos freizulassen, da er sich nur in Haft befindet, weil er friedlich von seinem Recht auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit Gebrauch gemacht hat. Stellen Sie außerdem sicher, dass Arash Sadeghi Zugang zu fachärztlicher Behandlung erhält, welche er dringend benötigt. Sorgen Sie bitte auch dafür, dass Arash Sadeghi vor weiterer Folter und Misshandlung – auch vor Verweigerung einer angemessenen medizinischen Behandlung – geschützt ist und dass Ermittlungen gegen diejenigen eingeleitet werden, die ihm die medizinische Behandlung verweigern.

Hochachtungsvoll



© amnesty

BURKINA FASO:

Hochzeit im Kindesalter

Tausende Mädchen in ganz Burkina Faso werden früh verheiratet, viele sind zum Zeitpunkt ihrer Hochzeit gerade einmal elf oder zwölf Jahre alt. Ein Grund für die Frühverheiratung ist der Brautpreis, den die Eltern des Mädchens erhalten. Die sexuellen und reproduktiven Rechte der Mädchen werden immer wieder verletzt. Nur die wenigsten Mädchen dürfen eine Schule besuchen. Trotz enormem Drucks seitens der Familien und der Gesellschaft weigern sich viele Mädchen, eine solche Ehe einzugehen und versuchen zu fliehen.

Amnesty International hat mehrere Einrichtungen in Burkina Faso besucht, in denen

Mädchen Zuflucht gefunden haben, darunter Maria (nicht ihr richtiger Name), die erzählte, mit 13 Jahren von ihrem Vater gezwungen worden zu sein, einen 70-jährigen Mann zu heiraten. Er habe ihr sogar gedroht, sie zu töten, wenn sie den Mann nicht heirate.

Die Regierung hat erste Schritte unternommen, um Frühehen zu verbieten, und dabei auch einige der Empfehlungen von Amnesty International berücksichtigt. Doch es muss noch mehr getan werden, um Sonderregelungen zur Frühverheiratung unter 15 Jahren zu unterbinden.

Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe an den Minister für Justiz und Menschenrechte und bitten Sie ihn, alle nationalen Gesetze zum Verbot von Zwangs- und Frühehen durchzusetzen und zu stärken. Darunter fallen sollte auch die Festlegung des Heiratsalters für Mädchen und Jungen auf 18 Jahre, entsprechend der Afrikanischen Charta für die Rechte und das Wohlergehen des Kindes. Bitten Sie ihn auch darum, sicherzustellen, dass die von Frühehen Betroffenen Gerechtigkeit erfahren und dass diejenigen, die für die Schließung von Frühehen verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden.

Schreiben Sie in gutem Französisch, Englisch oder auf Deutsch an:

René Bagoro
Ministre de la justice et de droits humains
Avenue de l'Indépendance
Ouagadougou 01
BP 526
BURKINA FASO
(Anrede: *Your Excellency / Exzellenz*)
(Standardbrief Luftpost bis 20g: 0,90 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft von Burkina Faso
S.E. Herrn Simplicie Honore Guibila
Karolingerplatz 10/11
14052 Berlin
E-Mail: office@ambaburkina.de
Fax: 030 – 301 059 920
(Standardbrief: 0,70 €)

Briefvorschlag:

Exzellenz,

die Gesetze ihres Landes sollen Zwangs- und Frühehen vermeiden, was ich sehr begrüße. Leider werden noch immer tausende Mädchen gegen ihren Willen und zu früh verheiratet. Ich bitte Sie daher, alle nationalen Gesetze zum Verbot von Zwangs- und Frühehen zu stärken und durchzusetzen. Entsprechend der Afrikanischen Charta für die Rechte und das Wohlergehen des Kindes sollte auch das Heiratsalter für Jungen und Mädchen auf 18 Jahre festgelegt werden. Bitte stellen Sie sicher, dass die von Frühehen Betroffenen Gerechtigkeit erfahren und dass diejenigen, die für die Schließung von Frühehen verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden.

Hochachtungsvoll

CHINA:**Politischem Häftling drohen Folter und andere Misshandlungen**

Am 13. Juli 2018 wurde Dong Guangping zu 42 Monaten Haft verurteilt. Weder seine Familie noch die von seiner Familie beauftragten Rechtsbeistände erhielten Informationen über das Verfahren oder das Urteil. Bereits ein Jahr vor der Urteilsverkündung war Dong Guangping wegen „Anstiftung zum Umsturz“ und „illegaler Überquerung der Staatsgrenze“ für schuldig befunden worden. Staatlichen Medienberichten zufolge basierte sein Schuldspruch wegen „Anstiftung zum Umsturz“ auf seiner Teilnahme an zwei Versammlungen in Thailand, die nach Ansicht der chinesischen Regierung auf die „Untergrabung der Staatsmacht“ und den „Sturz des sozialistischen Systems“ abzielten. Nicht offen genannte Quellen teilten seiner Familie mit, dass Dong Guangping auf nicht schuldig plädierte und Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt hat. Seit seiner Festnahme gibt es keine offiziellen Informationen über seinen Verbleib oder seinen Gesundheitszustand. Dong Guangping wird ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten, ihm drohen Folter und andere Misshandlungen.



© privat

Dong Guangping war Polizist. 1999 wurde er aus dem Polizeidienst entlassen, nachdem er einen öffentlichen Brief unterzeichnet und Artikel verbreitet hatte, in denen des 10. Jahrestags der Niederschlagung der Proteste auf dem Tiananmen-Platz in Peking gedacht wurde. Bereits zuvor war er aufgrund seines friedlichen Aktivismus mehrmals in China inhaftiert worden. Um den Drangsalierungen zu entgehen, floh er im September 2015 zusammen mit seiner Frau und seiner Tochter nach Thailand. Von dort wurde er im November 2015 abgeschoben.

Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe an den Oberstaatsanwalt der Volksstaatsanwaltschaft im Bezirk Chongqing und bitten Sie ihn darum, dass Dong Guangping umgehend freigelassen oder in einem fairen, internationalen Standards entsprechenden Verfahren verurteilt wird. Bitten Sie ihn außerdem darum, sicherzustellen, dass Dong Guangping nicht wegen der friedlichen Wahrnehmung seiner Menschenrechte festgehalten wird.

Schreiben Sie in gutem Chinesisch, Englisch oder auf Deutsch an:

Oberstaatsanwalt der Volksstaatsanwaltschaft
im Bezirk Chongqing
He Hengyang Jianchazhang
Chongqing Shi Renmin Jianchayuan 270 Jinlong Lu
Longxi Yubei Qu
Chongqing Shi 400020
VOLKSREPUBLIK CHINA
(Anrede: *Dear Chief Procurator / Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt*)
(Standardbrief Luftpost bis 20g: 0,90 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Volksrepublik China
S. E. Herrn Mingde Shi
Märkisches Ufer 54
10179 Berlin
Fax: 030 – 27 58 82 21
E-Mail: de@mofcom.gov.cn
(Standardbrief: 0,70 €)

Briefvorschlag:

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt,

ich wende mich an Sie mit der Bitte, den Fall des Häftlings Dong Guangping zu prüfen und zu erwirken, dass er ein faires, internationalen Standards entsprechendes Verfahren erhält.

Herr Dong Guangping wurde am 13. Juli 2018 zu 42 Monaten Haft verurteilt, ohne dass sein Rechtsbeistand oder seine Familie Informationen über das Verfahren und das Urteil erhalten hätten. Staatlichen Medienberichten zufolge erging das Urteil auf „Anstiftung zum Umsturz“ aufgrund seiner Teilnahme an zwei Versammlungen in Thailand. Seit seiner Festnahme gibt es keine offiziellen Informationen über den Verbleib und den Gesundheitszustand des Herrn Dong Guangping.

Ich bitte Sie sicherzustellen, dass Herr Dong Guangping nicht allein wegen der friedlichen Wahrnehmung seiner Menschenrechte festgehalten wird. Bitte erwirken Sie seine umgehende Freilassung oder ein neues Verfahren.

Hochachtungsvoll